

sich noch heute in Tracht, Bauart und Charakter zum Hüttenberg bekennen. Für die gebliebenen Dörfer hat sicherlich das Kondominium Hessen-Nassau 1396 bis 1703 einiges zum Zusammenhalt beigetragen, aber nicht weniger der Umstand, daß die Kirche Großen-Linden, die im Mittelalter, wenn sie auch kein Dekanat war, so doch eine gewisse hervorragende Stellung unter den katholischen Kirchen besaß. Sie war eine uralte Sendekirche, von der aus die Kirchen des gesamten Hüttenbergs gegründet wurden, die aber auch darüber hinaus ihre Arme ausgestreckt hatte (Heuchelheim, Wiesek, Launsbach u. a.). Dabei wurde gezeigt, daß das im 15. Jahrhundert erbaute Großen-Lindener Pfarrhaus, das älteste Oberhessens, das Pfarrhaus einer Kollegiatkirche und darum so groß gebaut ist. Auch die Größe des Kirchhofs wurde erklärt, da im Mittelalter die Toten aller zu Großen-Linden gehörigen Filialen bei dieser Kirche, die allein das jus sepeliendi hatte, beerdigt wurden. Am meisten aber hielt den Hüttenberg bis 1703, wo er zwischen Hessen und Nassau geteilt wurde, das Hüttenberger Gericht zusammen, das, vermutlich nach dem bei Nieder-Alleen gelegenen Hüttenberg geheißenen, 1396 oder bald nachher nach Großen-Linden übertragen und 1651 nach Langgöns verlegt wurde. Die Zusammensetzung des Gerichts, das ein Gericht freier Bauern war und von den Zentgrafen der Kondominialherren geleitet wurde, und seine Gewalt wurden erläutert, und auch über die Appellationen gesprochen.

Sowohl einzelne Bauten des Hüttenberges, als auch manche seiner Kirchen wurden noch im Lichtbild gezeigt. Der Vortrag, den Pfarrer Schulte des von ihm gefundenen reichen Materials halber nur zusammengedrängt halten konnte, und der in einigen Einzelarbeiten noch seine Ergänzungen finden soll, schloß mit dem Wunsche, daß die Heimatliebe und die Eigenart des Hüttenbergers noch lange erhalten bleiben möchten.

In der Diskussion fragte Univ.-Professor Bürker nach der Universitäts-Mühle bei Großen-Linden, worauf Pfarrer Schulte kurz antwortete. Prof. Hebel ging dann noch auf die oft erörterte Frage ein, warum gerade in Großen-Linden eine so mächtige Kirche erbaut worden sei. Das hänge einfach damit zusammen, daß Großen-Linden der Hauptort der Mark Linden, und seine Kirche die Mutterkirche von 23 Filialen war, nämlich aller zum Hüttenberg gehörigen Dörfer.

Univ.-Prof. Dr. Gustav Roloff, Gießen:

Hessen im Jahre 1866.

12. Januar 1933.

Der Vortragende ging aus von der allgemeinen Lage, dem Gegensatz der beiden deutschen Großmächte in der deutschen Frage, um daran anschließend die Politik der deutschen Mittelstaaten, insbesondere Hessens, zu charakterisieren. Die Mittelstaaten erstrebten eine Bundesverfassung, in der sie das Zünglein an der Waage zwischen den beiden Großmächten bilden konnten. Daher widerstrebten sie jeder kräftigen Neuorganisation der deutschen Länder und verwarfen namentlich die Vorherrschaft einer Großmacht, mochte es Österreich oder Preußen sein, um nicht ihrer Führung folgen zu müssen. Im Kriege von 1866 standen sie auf der Seite Österreichs, weil dieses zwar eine Bundesreform unter seiner Leitung anstrebte, aber Preußen als Bundesglied beibe-

halten wollte, während Preußen Österreich ausschließen und die deutschen Länder straff zusammenfassen wollte. Aber eine völlige Niederkampfung Preußens wünschten die Mittelstaaten nicht, insofgedessen vereinigten sie ihre Truppen nicht mit den österreichischen in Böhmen, sondern behielten sie im Lande, in der Hoffnung, daß der Sieger, mochte es Österreich oder Preußen sein, auf ihre ungebrochene Macht Rücksicht nehmen müsse. So hofften sie, „ein drittes Deutschland“ neben den Großmächten bilden zu können. In dieser Absicht begegneten sie sich mit den Wünschen Napoleons, der ebenfalls eine Dreiteilung Deutschlands erwartete, um die deutsche Zersplitterung und damit die Beeinflussung der deutschen Dinge durch Frankreich zu verewigen.

Alle diese Hoffnungen wurden durch die Schlacht von Königgrätz vereitelt: Preußen war durch den Krieg materiell wenig geschwächt, moralisch aber mächtig verstärkt, so daß die Mittelstaaten einem übermächtigen preußischen Angriff entgegensehen mußten. Trotzdem bot Bismarck den Mittelstaaten den Frieden und die Gründung eines neuen Deutschen Bundes an, in dem Bayern den Oberbefehl südlich des Mains führen, die Mittelstaaten also weitgehende Selbständigkeit behalten sollten. Inbessen die Südstaaten lehnten ab, weil sie den Bund mit Österreich und ihr „drittes Deutschland“ auch jetzt noch im Einbernehmen mit Frankreich durchzusetzen hofften. Diese Hoffnung trug, denn Frankreich war nicht ein selbstloser Freund der Mittelstaaten, wollte vielmehr Rheinhessen und die Rheinpfalz erwerben, konnte also nicht die Länder, die es berauben wollte, mit vollem Nachdruck bei Preußen vertreten. Die Mittelstaaten bewirkten durch ihre Ablehnung des preußischen Angebots nur, daß Bismarck auf die Herstellung der deutschen Einheit in diesem Augenblick verzichtete und sich mit dem Norddeutschen Bund begnügen mußte, aber sie konnten nicht hindern, daß er Frieden mit Österreich schloß (26. Juli), und nun den isolierten Mittelstaaten mit ungeheurer Überlegenheit gegenübertrat. Sein Ziel war, da eine staatsrechtliche Vereinigung mit dem Süden nicht zustande gekommen war, wenigstens ein Bündnis mit ihnen zu schließen, und er war bereit, ihnen, falls sie darauf eingingen, milde Friedensbedingungen zu gewähren.

In diesen Verhandlungen (seit dem 9. August 1866) spielte Hessen eine durchaus passive Rolle. Bei der Errichtung des Norddeutschen Bundes wurde von der preußischen Regierung beschlossen, daß Oberhessen in den Norddeutschen Bund eintreten müsse. Ob es von Preußen annektiert werden oder darmstädtisch bleiben solle, hing nicht von Hessen ab, sondern von der Politik Bayerns. Wenn Bayern das ihm von Preußen angebotene Bündnis ablehnte, war Bismarck entschlossen, ihm erhebliche Landabtretungen aufzuerlegen; in diesem Falle sollte Bayern am Rhein oder am Main einige Stücke an Hessen abtreten, und Oberhessen dafür an Preußen fallen. Ging Bayern auf das Bündnis ein, dann wurde es mit größeren Abtretungen verschont und Oberhessen konnte bei Darmstadt bleiben, weil Bismarck mit Rücksicht auf den Farn, den Schwager des Großherzogs, Oberhessen nicht ohne gewisse Entschädigung annektieren wollte. Bayern nahm das Bündnis an, und damit war Oberhessen für Darmstadt gerettet (Mitte August).

Freilich, von schwereren Opfern blieb auch Hessen nicht verschont; wie bekannt, mußte es das oberhessische Hinterland, Homburg und Meisenheim zur Abzurundung des preußischen Gebietes abtreten, wofür es nur in Rauheim und

anderen Stücken eine weit geringere Entschädigung erhielt. Hessen-Darmstadt wurde im Frieden von Preußen mit ausgefuchter diplomatischer Schroffheit und weit härter behandelt als die anderen süddeutschen Staaten, obgleich es am Zaren einen warmen Fürsprecher hatte; offenbar wollte Bismarck der hessischen Regierung, die seit anderthalb Jahrzehnten unter Leitung Dalwigks eine besonders preußenfeindliche Politik geführt hatte, einprägen, daß die Verbindung mit dem Auslande ihr keinen Nutzen bringe, sie sich also in Zukunft eng an Preußen anschließen müsse.

Der Vortragende erörterte sodann die Frage, wie die oberhessische Bevölkerung zu der Annexion, von der seit der Besetzung Oberhessens durch die preußischen Truppen (Ende Juli 1866) natürlich sofort gesprochen wurde, Stellung genommen habe. Er konnte sich dabei stützen auf die Berichte der preußischen Verwaltungsbehörde an Bismarck und Aufzeichnungen des Gießener Pfarrers Landmann, die ihm Herr Pfarrer Bechtolsheimer freundlichst zur Verfügung gestellt hatte. Aus beiden Quellen geht hervor, daß die Bevölkerung sehr geteilter Meinung war. Es gab überall Anhänger einer Vereinigung mit Preußen; aus Gießen, Alsfeld, dem Hinterlande gingen Eingaben an die preußische Regierung, die aus wirtschaftlichen Gründen für eine Annexion eintraten. Und diese Petitionen waren nicht etwa durch die preußische Besetzung oder Verwaltung hervorgerufen, denn Bismarck, der ja nur im Notfall Oberhessen annektieren wollte, hatte den preußischen Behörden verboten, die Bevölkerung zu Schritten zu verleiten, die ihnen später zum Schaden gereichen könnten. Diese Freunde der Annexion fanden heftigen Widerspruch in der Bevölkerung, namentlich in Gießen kam es zu lebhaftem Streit in der Bürgerschaft, als bekannt wurde, daß etwa 20 angesehenen Bürger sich für die Annexion ausgesprochen hatten; der Bürgermeister Vogt erließ eine Gegenerklärung im „Frankfurter Journal“ und geriet — vermutlich durch die Form seiner Erklärung — in Konflikt mit der preußischen Verwaltung, so daß er sogar vom Amt suspendiert wurde. Der Friede brachte allerdings alles wieder ins Gleichgewicht. Über diese Fragen, insbesondere über die Stimmung innerhalb der Bürgerschaft, wird in privaten Aufzeichnungen, Briefen, Familien-erinnerungen u. dgl. noch mancherlei Material verborgen sein.

In der kurzen Diskussion wurden noch von verschiedenen Seiten kleine mehr oder weniger humoristisch gefärbte Beiträge geliefert zur Beurteilung der Frage, wie die Bevölkerung sich zu den Ereignissen, besonders zur Annexionsfrage stellte.

Univ.-Prof. Dr. Theodor Mayer, Gießen:

Die Wetterau in der älteren deutschen Geschichte.

24. Februar 1933.

An Hand zahlreicher Kartenskizzen, die zum größten Teil in der Anstalt für hessische Landesforschung der Universität gezeichnet worden waren, wurde die Stellung der Wetterau in der älteren deutschen Geschichte erläutert.

Die Wetterau gehört zu den ältestbesiedelten Gebieten Deutschlands. Schon im Vollneolithikum, etwa 3000 Jahre vor Christi Geburt, finden wir hier eine zahlreiche sesshafte Bevölkerung, die unser Gebiet auch niemals wieder